Nachhaltige Geldanlagen: auf dem Rückzug?

Von Swantje Benkelberg

Anlegern, die an nachhaltigen Geldanlagen interessiert sind, bieten Kreditinstitute zu wenige Produkte an, um den verschiedenen Anlagezielen gerecht zu werden. Zu diesem Ergebnis kommt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen auf Basis einer im Januar veröffentlichten Umfrage. Das beschränkte – und sogar zurückgehende Angebot – ist vermutlich der als gering empfundenen Nachfrage geschuldet, eine Einschätzung, mit der die Kreditinstitute anderen Studien widersprechen, die Verbrauchern ein hohes Interesse an solchen Produkten bescheinigen. Und das Beispiel der Genossenschaftsbanken, die in diesem Bereich nach den alternativen Banken führend sind, deutet an, dass Angebot auch Nachfrage schaffen kann. Beim Thema Erneuerbare Energien spiegeln die Umfrageergebnisse die allgemeine Unsicherheit wider. Red.

Immer weniger Kreditinstitute in Deutschland bieten nachhaltige Geldanlagen an. Zu diesem Ergebnis kommt eine Ende 2013 durchgeführte Umfrage der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen unter 343 Kreditinstituten. Insgesamt haben 68 Prozent der Kreditinstitute eine oder mehrere Geldanlagen mit ethischen, sozialen und ökologischen Anlagekriterien im Angebot. Am stärksten auf diesem Gebiet engagiert sind (abgesehen von den alternativen Banken) die Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit einer Quote von 77 beziehungsweise 63 Prozent der Institute mit einem entsprechenden Angebot.

Die Produktpalette ist in aller Regel sehr überschaubar: In 42,9 Prozent der Fälle beschränkt sie sich auf eine Produktklasse, lediglich 14,3 Prozent der teilnehmenden Institute bieten zwei Produktklassen zur Auswahl, 5,0 Prozent drei Produktklassen und 4,9 Prozent noch mehr. Am häufigsten auf der Empfehlungsliste der Kreditinstitute zu finden sind offene Investmentfonds, die nach bestimmten Nachhaltigkeitskriterien gemanagt werden (62,1 Prozent der Institute). Zweitstärkste Produktklasse sind nachhaltige Zins- und Sparanlagen wie Festgeld, Tagesgeld, Sparbrief oder ein klassischer Sparplan. Sie werden jedoch nur von 18 Prozent der befragten Institute angeboten. Mit den eingesammelten Geldern – häufig in Form von Sparbriefen – werden etwa bestimmte Projekt im Bereich der erneuerbaren Energien finanziert oder werden Kredite für Energieeffizienzmaßnahmen an Gebäuden vergeben. Privatbanken bieten der Studie zufolge derzeit keine Sparanlagen für Privatanleger mit bestimmten Nachhaltigkeitsansätzen an.

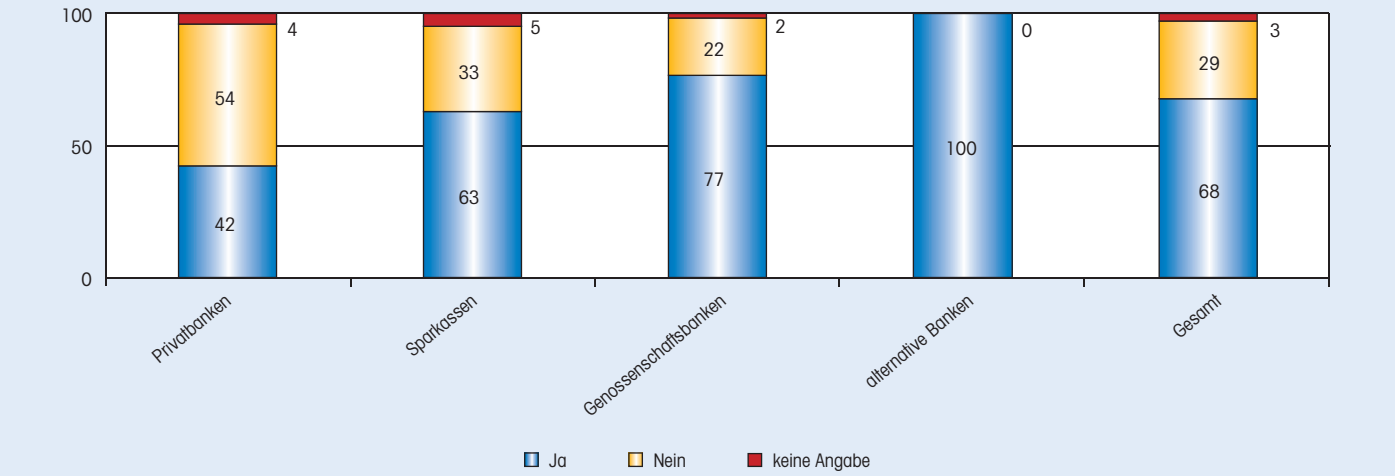
37 Prozent der befragten Banken und Sparkassen planen, in Zukunft entweder weitere Produkte oder erstmalig Finanzprodukte mit ethischen, sozialen und ökologischen Anlagekriterien anzubieten. Vor allem die alternativen Banken planen einen Ausbau ihrer Produktpalette (82 Prozent). Gefolgt werden sie von den Genossenschaftsbanken mit 39 Prozent und den Sparkassen mit 33 Prozent. Bei den Privatbanken ist es nur jedes fünfte Institut. Auffällig dabei: Bei den für die Zukunft ins Auge gefassten neuen Produkten stehen Zins- und Sparanlagen (7,9 Prozent) an erster Stelle – noch vor nachhaltigen Investmentfonds, die 5,0 Prozent der Befragten in Planung haben.

Nachfrage leicht gestiegen

Dass etwa ein Viertel der Befragten keine nachhaltigen Geldanlagen anzubieten plant ist nicht zuletzt der vergleichsweise geringen Nachfrage zuzuschreiben. Fast die Hälfte der Befragten verzeichnet so gut wie keine Nachfrage. Dabei ist der Anteil unter den Sparkassen mit 65 Prozent besonders hoch. Bei den Genossenschaftsbanken sind es mit 45 Prozent am wenigsten. Immerhin 30 Prozent der genossenschaftlichen Institute beobachten dagegen eine monatliche Nachfrage (insgesamt 18 Prozent), zehn Prozent wie im Branchenschnitt eine wöchentliche. Es hat also den Anschein, als würde ein entsprechendes Produktangebot durchaus auch Nachfrage wecken.

Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt denn auch eine leicht gestiegene Nachfrage. Die Quote derjenigen Studienteilnehmer, die so

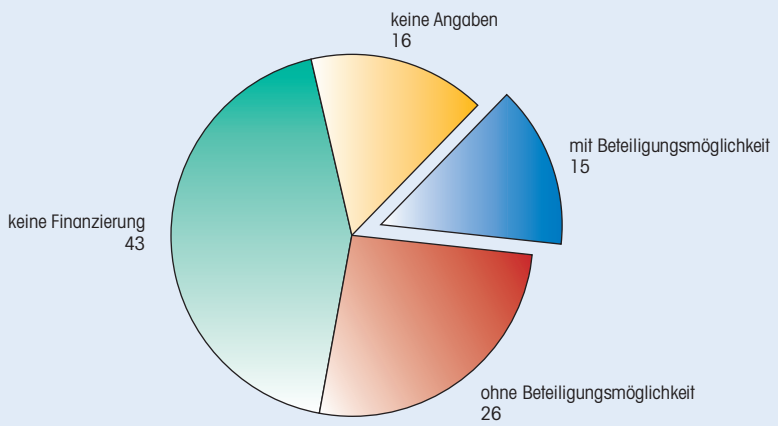
Abbildung 1: Aktuelles Produktangebot nachhaltiger Geldanlagen nach Bankengruppen (Angaben in Prozent)



Quelle: Verbraucherzentrale NRW e. V.

n = 140

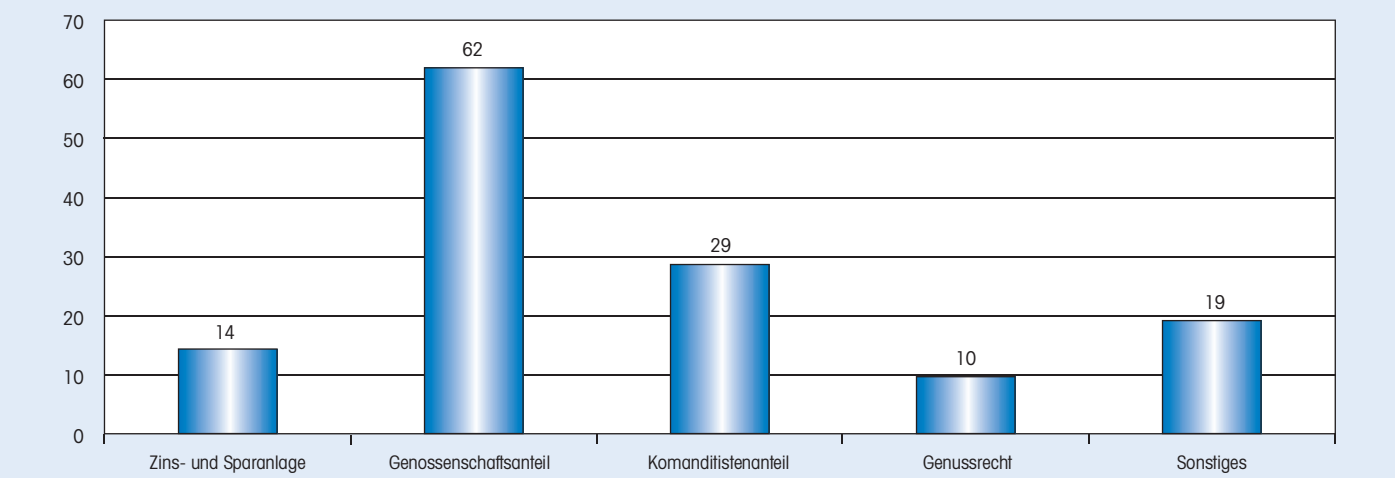
Abbildung 2: Finanzierung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien 2014 (Angaben in Prozent)



Quelle: Verbraucherzentrale NRW e. V.

n = 140

Abbildung 3: Bürgerbeteiligungsmöglichkeit an Projekten im Bereich erneuerbarer Energien 2014 (Angaben in Prozent)



Quelle: Verbraucherzentrale NRW e. V.

n = 21

bank und markt
Zeitschrift für Retailbanking

Verlag und Redaktion:
Verlag Fritz Knapp GmbH
Aschaffenburger Straße 19, 60599 Frankfurt am Main,
Postfach 111151, 60046 Frankfurt am Main,
Telefon 069/970833-0, Telefax 069/7078400,
www.kreditwesen.de,
E-Mail: red.bum@kreditwesen.de

Herausgeber: Klaus-Friedrich Otto

Chefredaktion: Dr. Berthold Morschhäuser, Swantje Benkelberg, Philipp Otto

Redaktion: Lars Haugwitz, Barbara Hummel, Frankfurt am Main.

Redaktionssekretariat: Elke Hildmann

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist anzugeben, ob dieser oder ein ähnlicher Beitrag bereits einer anderen Zeitschrift angeboten worden ist. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Manuskripte: Mit der Annahme eines Manuskripts zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Autor das ausschließliche Verlagsrecht sowie das Recht zur Einspeicherung in eine Datenbank und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken in jedem technisch möglichen Verfahren. Die vollständige Fassung der Redaktionsrichtlinien finden Sie unter www.kreditwesen.de.

Verlags- und Anzeigenleitung: Uwe Cappel

Anzeigenverkauf: Hans-Peter Schmitt, Tel. 069/970833-43.

Anzeigendisposition: Anne Guckes, Tel. 69/970833-26, sämtl. Frankfurt am Main, Aschaffenburger Straße 19.

Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 43 vom 1.1.2014.

Erscheinungsweise: Am 1. jeden Monats.

Bezugsbedingungen: Abonnementspreise incl. MwSt. und Versandkosten: jährlich € 429,48. Bei Abonnements-Teilzahlung: ½jährlich € 220,70. Ausland: jährlich € 439,40. Preis des Einzelheftes € 22,00 (zuzügl. Versandkosten).

Verbundabonnement mit der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen": jährlich € 804,92. Bei Abonnements-Teilzahlung: ½jährlich € 423,00. Ausland: jährlich € 832,28.

Studentenabonnement: 50% Ermäßigung (auf Grundpreis).

Der Bezugszeitraum gilt jeweils für ein Jahr. Er verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes eine schriftliche Abbestellung vorliegt.

Bestellungen aus dem In- und Ausland direkt an den Verlag oder an den Buchhandel.

Probeheftanforderungen bitte unter Tel.-Nr. 069/970833-25

Als Supplement liegt „cards Karten cartes" jeweils am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November dieser Zeitschrift bei.

Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche.

Bankverbindungen:
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main
IBAN: DE 7350 0500 0000 1055 5001, BIC: HELA DEFF
Postbank Frankfurt IBAN: DE 9650 0100 6000 6048 2609,
BIC: PBNK DEFF

Druck: Druckerei Hassmüller
Graphische Betriebe GmbH & Co. KG,
Königsberger Straße 4, 60487 Frankfurt am Main

ISSN 1433-5204

gut wie keine Nachfrage registrieren, ist 2013 um neun Prozentpunkte gesunken. Dafür ist der Anteil derjenigen mit wöchentlicher Nachfrage um fünf Prozentpunkte auf zehn Prozent gestiegen.

Energiegenossenschaft häufigste Form der Bürgerbeteiligung

Ein Projekt der erneuerbaren Energien haben in den letzten zwölf Monaten 43 Prozent der Banken und Sparkassen finanziert. 16 Prozent taten dies mit Hilfe einer direkten Bürgerbeteiligungsmöglichkeit. Dabei ist die häufigste Form der Erwerb von Anteilen an einer Energiegenossenschaft (48 Prozent), gefolgt von der Beteiligungsmöglichkeit als Kommanditist an einer GmbH oder GmbH & Co. KG sowie Zins- und Sparanlagen (je 22 Prozent). Dabei haben die Zins- und Sparanlagen aus Kundensicht den Vorteil der Einlagensicherung. Genussrechte (wie sie jetzt vielen Prokon-Anlegern zum Verhängnis zu werden drohen) spielen mit 13 Prozent eine eher untergeordnete Rolle.

Im laufenden Jahr planen 43 Prozent der Befragen (im Vorjahr 46 Prozent) keine Projekte der erneuerbaren Energien zu finanzieren. Hier spiegelt sich sicherlich die Unsicherheit aufgrund der anstehenden EEG-Novelle wider – und zwar vermutlich ebenso auf der Nachfragerseite wie seitens der Kreditinstitute. Immerhin 15 Prozent wollen auch im laufenden Jahr Beteiligungsmöglichkeiten an erneuerbaren Energien anbieten.

Angebot geht zurück

Im Verlauf der letzten drei Jahre hat sich das Angebot an nachhaltigen Geldanlageprodukten kontinuierlich verringert. Während noch 93 Prozent der Kreditinstitute solche Produkte auf der Empfehlungsliste hatten, waren es nach der Befragung von 2013 ganze 25 Prozentpunkte weniger. Und auch die derzeitigen Planungen bezüglich der Einführung weiterer Produkte sind gegenüber 2012 um zehn Prozentpunkte auf 37 Prozent zurückgegangen, liegen aber noch um zwölf Prozentpunkte über dem Niveau des Jahres 2011.

Nahezu jedes zweite Kreditinstitute wollte 2012 erstmalig ein Produkt oder weitere Produkte mit Nachhaltigkeitskriterien einführen. Dass sich das im derzeitigen Angebot nicht widerspiegelt kann bedeuten, dass Planungen nicht realisiert wurden. Produkte (wie Sparbriefe mit festem Volumen) können aber auch vergriffen sein.

Produktangebot wächst nur bei Zins- und Spareinlagen

Wachsendes Produktangebot gab es im Drei-Jahres-Vergleich einzig bei den Zins- und Spareinlagen. Hier ist der Anteil der Kreditinstitute mit entsprechenden Angeboten im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um zwölf Prozentpunkte auf 20 Prozent gestiegen und 2013 nur um zwei Prozentpunkte auf 18 Prozent zurückgegangen. Der letztjährige Boom dieser Produktklasse, die 2013 neben den alternativen Banken vermehrt auch von Sparkassen und Genossenschaftsbanken angeboten wurde, scheint damit seine Dynamik verloren zu haben. Bei den Investmentfonds hingegen wurde das Angebot seit 2011 kontinuierlich von 93 Prozent auf zuletzt 62 Prozent reduziert.

In den Planungen der Befragten spielen Zins- und Sparanlagen im Vergleich zu den Vorjahren eine eher untergeordnete Rolle. Nach elf Prozent 2011 und 19 Prozent 2012 waren es 2013 nur noch acht Prozent der Institute, die nachhaltige Zins- und Sparanlagen künftig anbieten wollen. Den deutlichsten Einbruch gab es im vergangenen Jahr bei Beteiligungsprodukten, die nur noch von vier Prozent der Banken und Sparkassen angeboten wurden. Hier war der Höhepunkt der vergangenen drei Jahre im Jahr 2012 mit 18 Prozent der Institute erreicht. In den Planlungen des künftigen Produktangebots spielen Beteiligungsprodukte gar keine Rolle mehr.